Nr. 296 XXVIII. Jahrgang

Sonnabend, 4. Dezember 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Ziffer- oder Nachlaß 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.15, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland (mit Versendung in den Postlisten, Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.25, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Dresden Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Oberschlesien

Der Abstimmungsvorschlag

Amtlich wird mitgeteilt: Die englische Regierung hat der Deutschen Botschaft in London folgende Note übermittelt:

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die britische, französische und italienische Regierung den Wunsch hegen, die gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrages in kurzer Zeit in Oberschlesien abzuhaltende Volksabstimmung in einer Weise durchgeführt zu sehen, die jedem Wahlberechtigten die Ausübung des Wahlrechts unter vollständig unparteiischen und sicheren Verhältnissen gestattet. Die Regierungen haben deshalb die Möglichkeit in Erwägung gezogen, daß die Wahl durch genaue und buchstäbliche Auslegung und Anwendung der Bestimmungen des Artikels 88 Anlage § 4 des Vertrags gestört oder sogar verhindert werden könne. Dieser Paragraph bestimmt:

Jeder soll in der Gemeinde stimmen, in der er seinen Wohnsitz hat, oder wenn er seinen Wohnsitz nicht in dem Gebiet hat, in der Gemeinde, in der er geboren ist.

Die drei Regierungen halten es für ihre Pflicht, der Gefahr von Störungen vorzubeugen, die die freie Ausübung des Stimmrechts irgendeiner Gruppe Wahlberechtigter beeinträchtigen könnten. Sie haben daher die tatsächliche Lage sorgfältig geprüft, die ihnen durch die oberschlesische Abstimmungskommission und die polnische und deutsche Regierung dargelegt worden ist. Als Ergebnis dieser Prüfung haben sie einmütig beschlossen, der polnischen und deutschen Regierung folgenden Vorschlag zu machen:

Der letzte Absatz des § 4 der oben erwähnten Anlage lautet wie folgt:

Das Abstimmungsergebnis muß gemeindeweise, und zwar nach der Mehrheit in dieser Gemeinde festgestellt werden.

Die britische, französische und italienische Regierung sind der Meinung, daß es dem Sinne des vorerwähnten Absatzes nicht widerspricht,

wenn die wirkliche Stimmenabgabe der Nichteingesessenen an irgendeinem Ort außerhalb des Abstimmungsgebietes stattfindet

Sie setzen dabei voraus, daß zur Feststellung des Endergebnisses die Stimmen der in dem Gebiet geborenen, aber dort nicht wirklich ansässigen Personen auf deren Geburtsgemeinden verteilt und den Stimmen der in diesen Gemeinden ansässigen Personen hinzugezählt werden.

Die drei Regierungen wünschen die Aufmerksamkeit auf die Tatsache zu lenken, daß, wenn die polnische und deutsche Regierung diesen Vorschlag annehmen sollten, es möglich sein wird, die Stimmenabgabe für die Nichteingesessenen unter Verhältnissen vor sich gehen zu lassen, die die gegenwärtige Besorgnis vor Ruhestörungen in Oberschlesien beseitigen und dadurch den Wünschen der polnischen und deutschen Regierung Genüge leisten sollten. Die Bedingungen, die nach Ansicht der drei Regierungen diesen Erfordernissen am besten zu entsprechen scheinen, sind folgende:

Alle nicht in Oberschlesien ansässigen, aber durch ihren Geburtsort zur Teilnahme an der Volksabstimmung berechtigten Personen können in dem gegenwärtig von verbündeten Truppen besetzten Gebiet an einem Ort, wie zum Beispiel Köln, oder an mehreren Orten versammelt werden, um dort ihr Stimmrecht unter Aufsicht einer Unterkommission der oberschlesischen Abstimmungskommission auszuüben, die von den verbündeten Regierungen zu diesem Zweck ernannt werden würde.

Wenn der Vorschlag angenommen wird, werden die hiermit verbundenen verwaltungstechnischen Einzelheiten von der oberschlesischen Abstimmungskommission nach Weisungen der Botschafterkonferenz ausgearbeitet. Sie brauchen hier nicht besprochen zu werden. Ausdrücklich wünschen die drei Regierungen nur die Tatsache zu betonen, daß der Vorschlag die volle Gewähr bietet, daß die Stimmenabgabe der Nichteingesessenen frei und unparteiisch und ohne Unordnung vor sich gehen wird.

Es sind noch zwei Punkte, die in diesem Augenblick zu erläutern angebracht erscheint:

1. Der Grund, um dessentwillen die drei Regierungen anregen, daß besetzte deutsche Gebiet als Wahlbezirk für die Nichteingesessenen gelten zu lassen, ist nicht allein die durch die Anwesenheit hinreichender militärischer Kräfte der Verbündeten gebotene Sicherheit, sondern auch die Tatsache, daß von der Mehrzahl der nichteingesessenen Stimmberechtigten angenommen wird, daß sie in Deutschland wohnen. Auch ist man der Ansicht, daß solche Stimmberechtigte, deren Anreise von Uebersee möglicherweise gewünscht werden könnte, ohne Schwierigkeiten zum besetzten Gebiet Zutritt finden könnten.

2. wird es Sache der Abstimmungskommission für Oberschlesien sein, falls dieser Vorschlag angenommen wird, nach Maßgabe ihrer Befugnisse auf Grund des Friedensvertrages zu entscheiden, ob die Nichteingesessenen an demselben Tage oder an denselben Tagen zählen sollen, an denen die Abstimmung in Oberschlesien stattfindet, oder ob mehr als ein Tag für die Entgegennahme ihrer Stimmen zugestanden werden soll.

In diesen Fragen wünschen die drei Regierungen nicht der Entscheidung der Kommission vorzugreifen. Aus dem zweiten Satz der vorstehenden Ziffer ist jedoch zu ersehen, daß man das Ergebnis der Volksabstimmung nach diesem Vorschlag nicht kennen und noch weniger veröffentlichen darf, bevor nicht die Stimmen der Nichteingesessenen denen der Einheimischen für jede Gemeinde hinzugezählt worden sind.

Die Abstimmungskommission würde nach Ansicht der drei Regierungen nicht die Machtbefugnisse haben, die Ergebnisse der Wahl einer der beiden Klassen von Wählern an verschiedenen Daten bekanntzugeben

Ich beehre mich, namens der drei Regierungen der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß die deutsche Regierung diesen Vorschlag unverzüglich in wohlwollende Erwägung ziehen und der Botschafterkonferenz ihren Entschluß sobald wie möglich mitteilen wird, damit die nötigen Maßnahmen unverzüglich getroffen werden können.

Eine gleichlautende Note ist an den polnischen Geschäftsträger gerichtet worden.

gez. Lloyd George.

Auch Polen rührt sich

× **Berlin**, 3. Dezember. Ein Funkspruch aus Warschau meldet, die Londoner Regierung will, daß die ausgewanderten Oberschlesier in einer Stadt des besetzten Rheinlandes ihre Stimme abgeben. Hiermit kann sich die polnische Regierung nicht einverstanden erklären, weil die im Abstimmungsgebiete Wohnenden die Identität der Stimmabgeber nicht prüfen sowie Fehler und Mißbräuche nicht feststellen können.

Zeitungsstimmen

+ **Berlin**, 3. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die Vorschläge der Alliierten zur Abstimmung der außerhalb Oberschlesiens Wohnenden werden von der Berliner Presse fast einmütig abgelehnt. Das „B. T." verkennt nicht die konziliante Form des Kompromißvorschlages zur Vermeidung etwaiger Störungen, kann aber einer Abweichung von den wenigen Rechten, die uns der Versailler Vertrag gibt, gerade in einer solchen Lebensfrage für das deutsche Reich nicht zustimmen. — Die „Voss. Ztg." meint: „Die Tatsache, daß der unmögliche Vorschlag von der Entente in offizieller Form gemacht wird, muß um so mehr Wunder nehmen, als die Note selbst zugibt, daß der Friedensvertrag die Stimmenabgabe in Oberschlesien ausdrücklich vorschreibt. — Der „L.-A." erklärt: „Bei allen deutsch empfindenden Oberschlesiern dürfte sich ein Sturm der Empörung erheben, wenn die Reichsregierung hier auch nur einen Augenblick lang schwankend sein sollte." — Die „Morgen-Post" findet, Deutschland habe kaum einen Grund, den Vorschlag der Entente anzunehmen. — Die „Post" schreibt: „Schon um diesem unnötigen und unwürdigen Kuratel zu entgehen, wünschen wir, daß Lloyd George von Berlin ein glattes „Nein" empfängt." — Auch der „Vorwärts" findet diese Lösung für Deutschland unannehmbar. — Nur die „Freiheit" will unter gewissen Voraussetzungen eine Verlegung des Zeitpunktes und des Ortes der Abstimmung für die nicht ansässigen Oberschlesier akzeptieren.

× **Beuthen**, 3. Dezember. Von den oberschlesischen Morgenblättern schreibt die „Ostdeutsche Morgenpost" zur Ententenote: „Wir verlangen mit aller Entschiedenheit die Ablehnung der Vorschläge und können die angegebenen Beweggründe nicht anerkennen. Die oberschlesische Volksstimme, das Organ der katholischen Volkspartei, meint, daß es das Richtigere wäre, auf der buchstabengetreuen Erfüllung des Friedensvertrages zu bestehen.

Das fremde Kapital im Rheinland

w. **Frankfurt a. M.**, 3. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) **Ein rheinhessischer Abgeordneter macht mit heute folgende Mitteilungen über den Umfang des Handelskapitals der Entente, besonders des französischen in den deutschen besetzten Gebieten. Es sind im Rheinland über 500 französische Handelsfirmen vorhanden, in Mainz allein 71 französische Handelsniederlassungen, in Ludwigshafen 17, in Koblenz 31, darunter 11 von Franzosen. In der Pfalz gibt es fünf französische Bankfilialen, in Köln zwei französische, vier belgische und drei englische. In Köln wiegt begreiflicherweise das englische Kapital vor. Die ausländischen Bankniederlassungen haben in großem Stile zur Verschiebung deutscher Kapitalien ins Ausland beigetragen, da die Geschäftsführung den Steuerbehörden die Auskunft verweigerte.**

Schädigung der rheinischen Badeorte

w. **Wiesbaden**, 3. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Der neugegründete Verband der besetzten deutschen Badeorte hat beschlossen, bei der Regierung den Antrag zu stellen, Verhandlungen aufzunehmen wegen der Räumung der Badeorte von den Besatzungstruppen, weil die Tatsache der Besetzung nachweislich zu einer starken wirtschaftlichen, nicht länger zu ertragenden Schädigung des Fremdenverkehrs geführt hat.

Die Wohnungsnot in Koblenz

* **Koblenz**, 3. Dezember. Die amerikanische Militärbehörde erließ eine Bekanntmachung, wonach es streng verboten ist, ohne ausdrückliche Erlaubnis der amerikanischen Behörde innerhalb des Stadt- und Landkreises Koblenz und des übrigen von Amerika besetzten Gebietes irgendein Haus, eine Wohnung oder ein Zimmer zu vermieten oder von Personen benutzen zu lassen, die nicht zum beglaubigten Familienstande gehören.

Der Kuxhavener Zwischenfall

Wie die „D. A. Z." schreibt, traf in Berlin eine Kommission der Kuxhavener Garnison ein, die im Auftrage ihrer Kameraden, ohne der eingeleiteten Untersuchung vorgreifen zu wollen, dem Reichswehrminister und dem Reichspräsidenten mitteilen soll, daß der Fregattenkapitän Heinecke, ein ungewöhnlich ruhiger und sachlicher Mann, an den Kuxhavener Vorgängen völlig unbeteiligt sei und seinerseits alles getan habe, um jeder Störung der Ententekommission vorzubeugen.

Nach einer Meldung der Exchange Agentur aus Berlin hat die deutsche Regierung eine Reihe ernster Einwendungen gegen die Sühneforderungen der Entente anläßlich der Kuxhavener Vorfälle erhoben. Die bedingungslose Annahme der Ententeforderungen werde abgelehnt.

Eine neue Rede Lloyd Georges

× **Amsterdam**, 3. Dezember. **Wie die englischen Blätter melden, erklärte Lloyd George in seiner Rede auf dem Essen des Verbandes britischer Industrieller: Die europäischen Länder helfen sich nur durch die Banknotenpresse weiter. Aber niemand kann dauernd einen Sack Papier auf dem Rücken tragen. Europa ist auf dem Wege zum Bankrott. Es kann nicht kaufen und nicht verkaufen. Das beste Mittel ist Frieden und die Männer müssen vertilgt werden, die in der Welt mit Petroleumkannen umherlaufen und die Feuer des Krieges und der Unruhen schüren. (Ob er damit wohl an Frankreich gedacht hat?)**

Deutsch-Belgisches

-o- **Brüssel**, 3. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)

Im belgischen Ministerrate wurde beschlossen, die Sequestrierung der deutschen Privatbesitztümer in Belgien Anfang Dezember aufzuheben. Dieses Zugeständnis ergibt sich aus der in Bälde in Kraft tretenden Uebereinkunft der deutschen Regierung mit der belgischen betreffs der Einlösung der in Belgien befindlichen 7½ Milliarden Mark zum Kurse von 1,25 Franken für die Mark.

Erwähnt sei, daß bei Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens in Belgien 4 Milliarden Mark waren. Infolge der schlechten Maßnahmen der deutschen Grenzbehörden und zahlreicher Schiebungen wurden

3½ Milliarden Mark nach Belgien geschmuggelt

von der belgischen Regierung zum Vorkriegskurse eingelöst, und die Franken gingen in die Hände der Geldschmuggler zurück. Dieses Geschäft, dessen Folgen jetzt das deutsche Volk tragen muß, bereicherte Tausende, die in Holland und im besetzten Deutschland während der drei Monate nach dem Waffenstillstande optierten.

Bezüglich des deutschen Eigentums ist zu bemerken, daß durch die belgische Regierung bereits

zwei Drittel deutschen Besitzes verschleudert

sind. Was heute noch vorhanden ist, stellt einen verschwindend kleinen Restbestand dar.

In sozialistischen Kreisen ist man sehr verstimmt über die

Lieferung von 90 000 deutschen Gewehren an Polen

Der belgische Ministerrat faßte diesen Beschluß gegen das Votum der drei sozialistischen Minister. Es handelt sich dabei um Waffen, die von den Deutschen in Belgien zurückgelassen wurden, aber auch um viele aus Deutschland eingeschmuggelte Bestände. Der Transport geschieht auf der Route Antwerpen—Danzig. **Eine Protestbewegung der Sozialisten ist im Gange.**

Botschafter Dr. Mayer

zg. **Berlin**, 3. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Der deutsche Botschafter reist morgen nach Paris zurück. Er wird der Friedenskonferenz neue Vorstellungen überreichen. Gestern hatte der Botschafter mehrstündige Besprechungen mit dem Kanzler, dem Auswärtigen Amt und dem Chef der alliierten Kommission, General Nollet.

Die Durchsuchung nach Waffen

zg. **Berlin**, 3. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) **Die in Berlin auf Grund der Anordnung des Reichsentwaffnungskommissars vorgenommenen Durchsuchungen haben eine größere Anzahl versteckt gehaltener Waffen und Munition zutage gebracht. Die Durchsuchungen sollen jetzt mit einem größeren Beamtenaufgebot fortgesetzt werden.**

Wachregiment „Berlin"

+ **Berlin**, 3. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Am 1. Dezember ist auf Grund einer Verfügung des Reichswehrministeriums ein Wachregiment Berlin mit der Garnison Döberitz aufgestellt worden. Das Regiment, das aus drei Bataillonen Reichswehrinfanterie, einer Kompagnie Minenwerfer, einer Batterie und einer Schwadron besteht, wird später in Berlin garnisonieren.

Der Völkerbund

Die Vollversammlung des Völkerbundes am Donnerstag führte gegen die Stimme Argentiniens zur Annahme des Antrages der ersten Kommission, d. h. zur Ablehnung der skandinavischen Abänderungsanträge. Allerdings wurde ein mildernder Zusatz angehängt, der die Anträge einer Kommission überweist, die der nächsten Vollversammlung nochmals Bericht erstatten wird.

Bourgeois-Frankreich griff aus Mottas Rede den Satz heraus, in dem dieser erklärte, sich nicht in den Friedensvertrag einmischen zu wollen. Er drückte seine Zufriedenheit darüber aus und erklärte, daß in der Tat

der Friedensvertrag eine Angelegenheit der ehemaligen Kriegführenden

sei, daß er nicht abgeändert werden dürfe und daß der Völkerbundspakt durchaus nicht lose, sondern sehr eng mit dem Friedensvertrag verknüpft sei, so daß die Signaturmächte des Friedensvertrages von Versailles an dem Pakt festhalten müßten.

Auch Balfour-England betonte, daß der Völkerbundspakt einen Teil des Versailler Vertrages bilde, der gegenwärtig nicht abgeändert werden könne. Der Völkerbundsrat erhalte den Auftrag, auf der nächsten Tagung Vorschläge zu machen.

Hagerup-Norwegen erklärte sich einverstanden.

Costa-Portugal bestritt, daß man den Völkerbundspakt nicht schon jetzt abändern könne.

Bundespräsident Motta erklärte zum Schluß, die Schweiz willige nur aus Opportunitätsgründen in die Verschiebung der Anträge ein. Die Schweiz lege größten Wert darauf, daß der internationale Gerichtshof obligatorisch werde. Ein Grund, daß der Völkerbundsvertrag noch nicht abgeändert werden könne, weil er einen Bestandteil des Friedensvertrages bilde, könne die Schweiz nicht als berechtigt anerkennen, denn

die Verbindung des Völkerbundpaktes mit dem Versailler Vertrage sei nur eine rein äußerliche Sache

Der Madrider Weltpostkongreß

* **Madrid**, 3. Dezember. Der nächste Weltpostkongreß soll im Jahre 1924 in Stockholm stattfinden und mit dem 50. Jahrestag der Begründung des Weltpostvereins zusammenfallen. Aus den Ergebnissen des Madrider Weltpostkongresses ist noch nachzutragen, daß die Bemühungen der Vertreter des amerikanischen Staatenblocks, der spanischen Sprache zum Range der offiziellen Weltpostvereinssprache zu verhelfen, gescheitert sind. Die französische Sprache bleibt die offizielle Sprache des Weltpostvereins.

Eine sozialistische Regierung in Sachsen

Von einem unsrer Mitarbeiter wird uns gemeldet: Die geführten Verhandlungen zwischen den Unabhängigen und dem Mehrheitssozialisten trugen einen mehr informatorischen Charakter und hatten vor allem den Zweck, noch einige Bedenken wegen der bekannten Mindestforderungen der Unabhängigen zu beseitigen. Wie verlautet, ist in allen Punkten im wesentlichen eine Einigung erzielt worden. Die Frage der Verteilung der Ministerposten wurde gestern nicht berührt, weil man es für richtiger hielt, zunächst einmal prinzipiell unter einen Hut zu kommen. Ueber die gestrigen Verhandlungen, die natürlich streng vertraulich waren, soll heute ein offizielles Protokoll herausgegeben werden, das für die beiden kommenden Landeskonferenzen (Sozialisten am Sonntag, Unabhängige am Montag) als Unterlage dienen wird. Nach der augenblicklichen Sachlage kann mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, daß die Beratungen auf den beiden Landeskonferenzen zu einer vollkommenen Einigung führen werden, so daß wir in Sachsen eine rein sozialistische Regierung zu erwarten haben. Einige Schwierigkeiten werden allerdings die Kommunisten bieten. Man kennt ihre erbitterte Abneigung gegen das sozialistische Lager. Trotzdem wurde gestern beschlossen, offiziell an die Kommunisten eine Anfrage zu richten, wie sie sich zu der Frage ihres Eintritts in die Regierung stellen wollen. In sozialistischen Kreisen erwartet man zwar, daß die Kommunisten sich nicht an der Regierung beteiligen, aber die Erklärung abgeben werden, daß sie der neuen Regierung gegenüber eine wohlwollende Neutralität an den Tag legen werden. —

Damit wären wir zu einem Ergebnis gelangt, das im Landtagswahlkampfe von allen bürgerlichen Parteien als höchst unerwünscht bezeichnet worden ist. Vor der Möglichkeit eines solchen Ausganges aber zu warnen, hat es besonders die demokratische Partei nie fehlen lassen. Ihre Warnungen sind vom größten Teil des Bürgertums in den Wind geschlagen worden, weil man seinem zum Teil berechtigten Unwillen nicht deutlicher und klüger zum Ausdruck zu bringen glaubte, als wenn man möglichst weitrechts wählte. Jetzt hat man das erste praktische Ergebnis einer so kurzsichtigen Politik. Nicht die Rechte oder die Mitte gelangt in den Besitz der Regierungsgewalt, eine Mitte, die durch zunehmende Betonung des gemäßigten Einflusses allmählich einflußreicher und schöpferischer gemacht werden konnte. Nicht sie, die auch die Umwege langsam zur Besinnung zurückzuführen versuchte, kommt zur Geltung, sondern der reine Sozialismus mit utopistischem Einschlag, und dieser triumphiert stärker als zuvor. Das ist das Ergebnis der verhetzenden Politik in Sachsen, die nicht hastig und unpraktisch genug das Steuer jäh herumwerfen konnte und nun selbst auf dem Staatsschiff nicht mitfahren kann. Wir werden schließlich sehen, was eine solche Regierung leistet, und die Folgerungen daraus werden zu ziehen sein. Eine Regierung, die mit dem Kommunismus paktiert, wird dadurch von vornherein bezeichnet und festgelegt. Das Verfahren wird lehrreich sein. Die Schuld aber liegt wie immer bei den Extremisten. Ein Radikalismus erzeugt den andern. Das ist so die Ordnung im politischen A-B-C.

Eine Rede des Ministers Schwarz

Zur Regierungsbildung ergriff auf der außerordentlichen Dresdner Kreiskonferenz der sozialistischen Partei auch Wirtschaftsminister Schwarz das Wort und sagte u. a. das Folgende: „Der Wahlausgang der diesjährigen Landtagswahl sei eine schwere Niederlage der Arbeiterschaft. Dränge die sozialdemokratische Partei auf sofortige Neuwahlen des Landtages und überlasse die Regierungsbildung allein den bürgerlichen Parteien, dann habe die sächsische Arbeiterschaft ausgespielt und sei ausgeschieden. Auch für die vielgeschmähten Mehrheitssozialisten sei es klar, daß mit dem reinen Parlamentarismus allein das Heil der Arbeiterklasse nicht zu erreichen sei. Bedienen sie sich aber der Regierungsmittel und des Parlaments, dann hätten sie das beste Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse in den Händen. Was die Bildung des Kabinetts selbst anbelange, so stütze er sich auf das Urteil der württembergischen Genossen, die es heute bedauern, daß sie im Sommer dieses Jahres die Regierungsmittel so schnell aus den Händen gegeben hätten, wo ein Grund dafür nicht vorhanden gewesen sei; dadurch habe die württembergische Sozialdemokratie alle Mittel aus der Hand gegeben, wie seinerzeit auch die Reichstagsfraktion. Dem Zwang noch recht lange der Reichsregierung fernbleiben, könne sich aber die Partei nicht leisten, da alles, was die Revolution gebracht habe, durch die bürgerliche Regierung auf dem Spiele stehe.

Wenn es heute in der Partei Strömungen gebe, so müsse er bekennen, daß er dann auf dem äußersten linken Flügel stehe, doch dies sei für ihn kein Grund, mit den Unabhängigen zu liebäugeln, da diese das unehrlichste Spiel, was man sich vorstellen könne, in der Politik trieben. Für die K. P. D. sei es ein Unglück, daß sie in ihren Reihen allerhand fragwürdige Gestalten, die weder vom Sozialismus noch vom Kommunismus etwas verstehen, aber immer die große Geige zu spielen beabsichtigen, habe. Eine Linksregierung sei seiner Meinung nach ein schöner Traum, da mit einer Zweistimmenmehrheit, bei der die Haltung der Kommunisten noch unsicher ist, für die Dauer eine sichere Regierung nicht zu bilden sei. Sodann entwickelte Schwarz ein Bild der Deutschen Volkspartei und kam zu dem Resultat, daß, wenn die S. P. D. nicht allen Einfluß auf die Regierungsgeschäfte und die Ministerien aufgeben wolle, es unbedingt vonnöten sei, in die Regierung mit einzutreten, da sie es dann in der Hand habe, beeinflussend auf die Geschäfte des Landes zu wirken."

Minister Schwarz verspricht sich also von einem erneuten Versuch der Mehrheitssozialisten mit den Unabhängigen nicht viel Ersprießliches, denn auch nach

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19201204/1